

Helge Schwiertz

MIGRATION UND RADIKALE DEMOKRATIE

Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA

Aus:

Helge Schwiertz

Migration und radikale Demokratie

Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA

September 2019, 398 S., kart., Dispersionsbindung, 6 SW-Abbildungen

34,99 € (DE), 978-3-8376-4832-4

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-4832-8

Wie gelingt es migrantischen Jugendlichen, zu politischen Subjekten zu werden und für ihre Rechte einzutreten? Wie ist es möglich, sich Herrschaftsverhältnissen zu widersetzen und inwiefern bietet Demokratie hierbei einen Bezugspunkt?

Helge Schwiertz geht diesen Fragen nach, indem er eine radikaldemokratische Theorie entwickelt und diese mit einer qualitativen Studie zur Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher in Deutschland und den USA verbindet. Durch den Dialog von Empirie und Theorie trägt er damit sowohl zu einem differenzierten Verständnis migrantischer Kämpfe als auch zu demokratietheoretischen Debatten bei und zeigt auf, wie Grenzen demokratisiert werden können.

Helge Schwiertz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) sowie dem Institut für Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Er promovierte 2019 am Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück und war Gastwissenschaftler an der University of California, Los Angeles (UCLA) sowie der Universität Wien. Er ist Mitglied des Redaktionskomitees *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Migrations- und Grenzregime, anti-migrantische Bewegungen und Rassismus, (pro-)migrantische Organisation, Citizenship Studies, radikale Demokratie und politische Theorie.

Weiteren Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4832-4

© 2019 transcript Verlag, Bielefeld

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis | 9

Danksagung | 11

I Einleitung | 13

1. Kämpfe im und gegen das Migrationsregime in Deutschland und den USA | 16
2. Verortung im Forschungsstand zu Migration und Demokratie | 19
3. Erkenntnisinteresse und Fragestellung | 24
4. Fallauswahl, Methoden und Vorgehensweise | 26
5. Aufbau des Buches | 27

II Forschungszugänge und Methodologie | 29

1. Wissensproduktion im Feld der Migration | 29
2. Eine Methodologie qualitativer Forschung und theoretischer Analyse | 35
 - 2.1 Qualitative Sozial- und Migrationsforschung | 35
 - 2.2 Das Spannungsverhältnis von kritischer Gesellschaftstheorie und qualitativer Sozialforschung | 36
 - 2.3 Artikulation von Theorie und Empirie | 40
 - 2.4 Zusammenfassung | 44

III Die Theorie der radikalen Demokratie als Praxis | 47

1. Demokratie zwischen Institution und Revolution | 50
 - 1.1 Demokratie als „leerer Signifikant“ und hegemoniales Regime | 50
 - 1.2 Die Grenzen der Demokratie und Demokratisierung | 52
2. Die politische Differenz | 54
 - 2.1 Die Politik und das Politische | 54
 - 2.2 Hegemonie, Polizei und die Ordnung des Sozialen | 57
 - 2.3 Soziale und politische Praxen | 64
3. Die demokratische Differenz | 68
 - 3.1 Die Demokratie und das Demokratische | 69
 - 3.2 Kritik der Demokratieregime | 70
 - 3.3 Demokratie als an-archische Praxis | 74
 - 3.4 Das Demokratische und der Grundsatz der Gleichfreiheit | 80
 - 3.5 Das Öffentliche und die politische Subjektivierung der Demokratie | 88
4. Zusammenfassung | 93

IV Nationale Migrationsregime

Deutschland und die USA im Vergleich | 97

1. Das US-amerikanische Migrationsregime | 100
 - 1.1 Genealogie der Entrechtung in der amerikanischen Migrationsgeschichte | 102
 - 1.2 Migrationspolitik der ‚nation of immigrants‘ | 105
 - 1.3 Dispositive und Praxen der Migrationskontrolle | 111
 - 1.4 Zusammenfassung und Diskussion | 116
2. Das deutsch-europäische Migrationsregime | 118
 - 2.1 Genealogie der Entrechtung in der deutschen Migrationsgeschichte | 120
 - 2.2 Migrationspolitik im Einwanderungsland wider Willen | 124
 - 2.3 Dispositive und Praxen der Migrationskontrolle | 132
 - 2.4 Zusammenfassung und Diskussion | 135
3. Migrationsregime, Gesellschaftsformen und politische Kulturen im Vergleich | 138

V (Un-)Sichtbare Politiken migrantischer Jugendlicher

Einstieg in die empirische Analyse | 147

1. Entstehung der migrantischen Selbstorganisationen | 148
 - 1.1 Selbstorganisation undokumentierter Jugendlicher in den USA | 148
 - 1.2 Selbstorganisation geflüchteter Jugendlicher in Deutschland | 154
 - 1.3 Zusammenfassung und Diskussion | 158
2. Coming-out und Gegenkonferenz als typische Interventionsformen | 159
 - 2.1 Coming Out of the Shadows | 160
 - 2.2 JoG-Konferenz | 172
 - 2.3 Zusammenfassung und Diskussion | 180

VI Die Zusammenkunft

Selbstorganisation und Empowerment | 183

1. Positionen, Grenzen und Kreuzungen der Betroffenheit | 184
 - 1.1 Undokumentierte Jugendliche und Intersektionalität | 186
 - 1.2 Geflüchtete Jugendliche und inklusive Organisation | 190
 - 1.3 Zusammenfassung und Diskussion | 194
2. Konflikt und Kooperation im Verhältnis zu Unterstützenden | 196
 - 2.1 Allies und Non-Profit-Organisationen | 197
 - 2.2 Nicht-migrantische Unterstützende und Organisationen | 201
 - 2.3 Zusammenfassung und Diskussion | 206
3. Spezifische Räume und Beziehungen der Selbstorganisation | 208
 - 3.1 Selbstermächtigung bei IYC & CIYJA | 208
 - 3.2 Selbstermächtigung bei JoG | 214
 - 3.3 Zusammenfassung und Diskussion | 220
4. Zwischenfazit | 222

VII Der Auftritt

Interventionen migrantischer Jugendlicher | 227

1. Politische Subjektivität und Repräsentation | 228
 - 1.1 Gemeinsame Betroffenheit und Selbstvertretung | 228
 - 1.1.1 „dass Betroffene eine eigene Stimme haben“ | 229
 - 1.1.2 „undocumented and unafraid“ | 234
 - 1.1.3 Zusammenfassung und Diskussion | 236
 - 1.2 Narrative der Entrechtung und Berechtigung | 239
 - 1.2.1 Jugendliche Flüchtlinge zwischen Integration und radikaler Gleichheit | 241
 - 1.2.2 Vom exklusiven Dreamer-Narrativ zur radikalen Egalität | 247
 - 1.2.3 Zusammenfassung und Diskussion | 256
2. Absichten und politische Ausrichtungen im Kampf gegen Entrechtung | 259
 - 2.1 Ziele und zentrale Forderungen | 259
 - 2.1.1 Bleiberecht für alle und Chancengleichheit | 259
 - 2.1.2 Kampf gegen Kriminalisierung und intersektionale Herrschaftsverhältnisse | 264
 - 2.2 Zwischen Radikal- und Reformpolitik | 267
 - 2.2.1 Pragmatische Politikperspektive: Absolute Ziele, relative Kommunikation | 268
 - 2.2.2 Radikale Politikperspektive: Jenseits von Reform und Staatsbürgerschaft | 274
 - 2.3 Zusammenfassung und Diskussion | 283
3. Interventionsformen zwischen Kooperation und Konfrontation | 286
 - 3.1 Bleiberechts- und Bildungskampagne bei JoG | 286
 - 3.2 Aktionen zivilen Ungehorsams bei IYC & CIYJA | 292
 - 3.3 Zusammenfassung und Diskussion | 299
4. Zwischenfazit | 302
5. *Überleitung:* „Demokratie“ aus der Perspektive migrantischer Jugendlicher | 307

VIII Demokratie als Praxis

Sieben Thesen (post-)migrantischer Demokratietheorie | 317

IX Schlussbetrachtung | 345

Literatur | 361

Interviewverzeichnis | 395

I Einleitung

Nach dem Wahlkampf kommt der entscheidende Moment. Mit vollem Einsatz war für Kandidaten aus verschiedenen Bundesländern geworben worden, doch nur einer kann das Rennen für sich entscheiden. Die Stimmen werden abgegeben, dann beginnt die Auszählung. Hochrechnungen werden nicht veröffentlicht, aber es scheint knapp zu werden in diesem Jahr. Dann ist es soweit, das offizielle Endergebnis wird verkündet: Der Bundesinnenminister, Hans-Peter Friedrich, ist „Abschiebeminister“ des Jahres 2012. Das Ergebnis ist offiziell und wird über Medien verbreitet. Die Wahl wurde jedoch nicht von einem Nationalstaat ausgetragen, sondern von *Jugendliche ohne Grenzen* (JoG), einer Organisation geflüchteter Jugendlicher, die selbst von Abschiebungen bedroht sind. Da die Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus nicht bei der Bundestagswahl und anderen formell demokratischen Abstimmungen beteiligt werden, führen sie eine eigene Wahl durch. Ihre Wahl entspricht dabei einem negativen demokratischen Prinzip: Unerträgliche Regierende werden durch Abstimmung delegitimiert. Die geflüchteten Jugendlichen eignen sich somit demokratische Grundsätze an und stellen zugleich die Hierarchie des nationalen Demokratieregimes infrage. Während sie sonst einseitig zu Untertanen gemacht werden, sind sie im Moment der Wahl diejenigen, die das Sagen haben, die kategorisieren, beurteilen, ein Zeugnis ausstellen – und sich durch einen politischen Akt selbst zu Bürger_innen erklären.

Rund 9000 Kilometer entfernt, auf der anderen Seite des Atlantiks, kommen ebenfalls migrantische Jugendliche zusammen. Sie leben illegalisiert in den USA und gehören zur Gruppe undokumentierter Migrant_innen, von denen gesagt wird, dass sie im Schatten leben und versuchen, gesellschaftlich unsichtbar zu bleiben, um einer Inhaftierung und Abschiebung zu entgehen. Doch im März 2012 ziehen undokumentierte Jugendliche in einer von der *Immigrant Youth Coalition* (IYC) organisierten Demonstration zum zentralen Platz von Boyle Heights in Los Angeles. Sie rufen „undocumented and unafraid“ und tragen in der ersten Reihe ein Transparent mit der Aufschrift „We will no longer remain in the shadows“. Angekommen am Platz errichten sie eine öffentliche Bühne, auf der sie nacheinander das Megafon in die Hand nehmen und ihre persönliche Erfahrung als illegalisierte Jugendliche mit dem Publikum teilen. Entgegen der ihnen zugeschriebenen Position gesellschaftlicher Unsichtbarkeit werden sie durch diese Praxis zu politischen Subjekten – ein Akt, der innerhalb der Bewegung als „Coming out of the shadows“ bezeichnet wird. Diese Selbstorganisationen von migrantischen Jugendlichen und ihre politischen Interventionen in Deutschland und den USA stehen auf den folgenden Seiten im Mittelpunkt.

Ziel dieses Buches ist es, die politische Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher in verschiedenen Kontexten zu analysieren und zugleich Begriffe von Politik und Demokratie zu reflektieren. Trotz der grundverschiedenen Handlungsräume in Deutschland und den USA haben Gruppen in beiden Ländern Wesentliches gemeinsam. Sie werden von Jugendlichen getragen, die sich in einer äußerst prekären Lage befinden. Durch ihren unsicheren Aufenthaltsstatus sind sie von Abschiebungen bedroht und gleichzeitig werden ihnen weitere Rechte in den Aufnahmegesellschaften vorenthalten. Aus ihrer marginalisierten Position heraus entwickeln sie jedoch eine besondere Stärke durch ihren Zusammenschluss. Ausgehend von dieser Gemeinschaft der Betroffenen intervenieren die Selbstorganisationen in die nationale Dominanzgesellschaft. Die Jugendlichen zielen darauf ab, ihre Position zu verbessern, Rechte durchzusetzen und gewährt zu bekommen, und stellen zugleich das Regime der Entrechtung insgesamt infrage. Wesentliche Aspekte sind hierbei die Organisation und Verteidigung betroffener Communitys, die Schaffung relativ sicherer und autonomer Räume, die Selbstbestimmung und -repräsentation von migrantischen Jugendlichen und die Artikulation ihrer Anliegen in öffentlichen Räumen. Gemeinsam ist den Gruppen außerdem ihr ambivalentes Verhältnis zu zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, wobei sich ihre Strategien zwischen Kooperation und Konflikt, zwischen Partizipation und Widerstand bewegen.

Doch wie gelingt es den Jugendlichen, sich selbst zu organisieren und in die Gesellschaft einzugreifen – ausgehend von ihrer gesellschaftlichen Lage, die in unterschiedlichen Disziplinen als Position „schwacher Interessen“ (Willems/Winter 2000; Mikuszies et al. 2010) oder als radikale soziale Exklusion (Agamben 2002; vgl. Schulze Wessel 2017: 55ff.) beschrieben wird? Wie können sie in Herrschaftsverhältnissen, die sie besonders betreffen, politische Praxen entwickeln, die sich gegen jene Verhältnisse richten und die sich zugleich auf etwas ‚Besseres‘ berufen? Und was kann die Gesellschaft von diesen Kämpfen migrantischer Jugendlicher lernen? Wie können politische Subjektivität und Demokratie ausgehend von Auseinandersetzungen um Migration und Grenzen neu gedacht werden? Um diesen Fragen nachzugehen, verknüpfe ich die Analyse migrantischer Kämpfe mit Ansätzen radikaler Demokratie: Erstens wurden im Rahmen von zwei Fallstudien durch qualitative Methoden sozialwissenschaftlicher Migrationsforschung empirische Daten erhoben und ausgewertet; zweitens wurde unter Bezug auf die Arbeiten von Jacques Rancière, Étienne Balibar, Chantal Mouffe und Ernesto Laclau eine Theorie erarbeitet, die ein analytisches Prisma für die Fallstudien bietet und die zudem ausgehend von diesen weiter entwickelt wird. Ein solches Verhältnis von Fallstudien und Theoretisierung reflektiert Michael Burawoy (1991: 5; vgl. 1998), wenn er das Anliegen beschreibt, nicht nur etwas *über*, sondern *von* den Subjekten und Objekten der Forschung zu lernen: „We are interested not only in learning *about* a specific social situation, [...] but also in learning *from* that social situation.“ In diesem Buch wird das spezielle Erkenntnisinteresse in Bezug auf die politischen Selbstorganisationen migrantischer Jugendlicher also verbunden mit einem allgemeinen Interesse an Demokratie- und Gesellschaftstheorien, ohne jedoch das eine oder das andere zu privilegieren. Empirie und Theorie treten hierbei in einen Dialog und informieren sich wechselseitig.

Neben den eingangs beschriebenen migrantischen Kämpfen verfolgt das Buch somit auch ein weitergefasstes theoretisches Erkenntnisinteresse. „Wo es Macht gibt,

gibt es Widerstand“, schreibt Foucault in *Der Wille zum Wissen* (1983: 96) und weist mit diesem Satz auf den Kern seiner Analytik der Macht sowie allgemein auf das Potenzial von gesellschaftlicher Veränderung und Alternativen. Und doch sind seine Arbeiten vor allem Analysen der Strukturen von Macht und weniger von Widerstand sowie den Möglichkeitsräumen, eben nicht jenen zu entsprechen, „nicht dermaßen regiert zu werden“ (1992a: 12, 52f.), sondern über die bestehenden Verhältnisse hinauszugehen und diese zu verändern. In *Das Subjekt und die Macht*, einem der späteren Texte von Foucault, unterscheidet er die Perspektive einer Geschichte der Widerstände und Kämpfe von einer der Machtdispositive (1994: 260). Während Erstere sein Erkenntnisinteresse angeleitet haben mag, findet sich jedoch wenig zu diesen Kämpfen in seinen Texten (Lemke 1997: 111ff.; vgl. Schwiertz 2011; Schubert 2018). Im Anschluss an Foucault setzt unter anderem Judith Butler mit *Psyche der Macht* (2008) an dieser Leerstelle an, doch auch ihr gelingt es nur in Teilen, sie zu überbrücken. Wieder zwei Schritte zurück in der Theoriegeschichte, zeigt sich eine ähnliche Tendenz bei Karl Marx, für den Kämpfe ebenfalls zentral sind. Dies veranschaulicht eine Szene, die der zeitgenössische Journalist John Swinton (1880) beschreibt: Als dieser Marx 1880 besucht, stellt er ihm bei einem gemeinsamen Abendspaziergang am Strand die fundamentale Frage „*What is?*“ – worauf Marx antwortet: „*Struggle!*“ Dennoch beschreibt er, insbesondere in seinem wissenschaftlichen Hauptwerk *Das Kapital* (Marx 2007), nur vereinzelt Kämpfe und Widerstand und entwickelt vor allem eine kritische Theorie von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen. Im begrenzten Rahmen dieser Arbeit möchte ich daher einen Beitrag leisten, um den Abstand zum bereits reichhaltigen Wissen über Macht und Herrschaft ein Stück zu verringern, indem die Analyse der Möglichkeiten und Perspektiven von Kämpfen erweitert wird.

Ein Ausgangspunkt ist daher die Frage, auf welche Weise angesichts gegebener Macht- und Herrschaftsverhältnisse Widerstand in diesen und gegen diese möglich wird. In welcher Form können Kämpfe entstehen, ohne determiniert zu sein und das Bestehende bloß zu reproduzieren? Wie können Subjekte entstehen, die nicht doch nur die bereits in herrschenden Verhältnissen vorgesehenen Subjektformen und -positionen ausfüllen? Wie können angesichts von Vereinzelung und Konkurrenz neue Formen des Gemeinsamen hervorgebracht werden? Die Ansätze radikaler Demokratietheorie bieten hier einen wichtigen Ausgangspunkt. Mit ihnen lässt sich das „Politische“ als fundamentale Kontingenz und Konflikthaftigkeit entgegen der bestehenden „Politik“ neu denken (Bedorf/Röttgers 2010). Sie eröffnen zudem einen positiven Bezugspunkt, indem sie das Demokratische losgelöst von bestehenden Demokratieregimen konzipieren. Demokratische Praxen ermöglichen in diesem Sinne nicht nur Widerstand, sondern eine Aktualisierung der Prinzipien von „Gleichheit“ (Rancière 2002: 44), „Gleichheit und Freiheit“ (Laclau/Mouffe 2006: 196) sowie „Gleichfreiheit“ (Balibar 2012). Sowohl in der empirischen Forschung zu migrantischen Kämpfen als auch in der Rekonzeptualisierung radikaler Demokratietheorie ist daher die Frage leitend, wie Widerstand sowie Anders-Handeln denkbar und möglich werden können.

Die folgende Untersuchung von Kämpfen begreift diese zudem nicht isoliert, sondern im Zusammenhang einer konflikt- und machtsensiblen, herrschaftskritischen Gesellschaftstheorie (vgl. Bonacker 2005; Jaeggi/Wesche 2009; Marchart 2013). Die Analyse politischer Selbstorganisation zeigt hierbei, wie migrantische Jugendliche sich trotz ihrer sozialen Position der Entrechtung ein *Recht auf Rechte* (Arendt 2011) erstreiten und dabei zugleich neue Sichtweisen des Demokratischen eröffnen.

1. KÄMPFE IM UND GEGEN DAS MIGRATIONSREGIME IN DEUTSCHLAND UND DEN USA

Als migrantische Jugendliche sind die Akteur_innen der hier untersuchten Selbstorganisierungen Subjekte, die gegenwärtig auf besondere Weise gesellschaftlich problematisiert werden. Einhergehend mit einer Transformation der nationalstaatlichen Weltordnung in den letzten Jahrzehnten und dem Ende des Ost-West-Konflikts ist Migration zu einem zentralen Gegenstand von Sicherheitsdiskursen sowie der Reproduktion nationalstaatlicher Grenzziehungen geworden (Sassen 1996; Wimmer/Glick Schiller 2002). Vielschichtige Globalisierungsprozesse gehen seit Ende des 20. Jahrhunderts mit neuen Ängsten und Feindbildern einher, die sich auf Mobilität beziehen und in Begriffen von Terrorismus, Kriminalität und illegaler Migration gefasst werden. Zu ‚Anderen‘ werden somit weniger Nationalstaaten, sondern soziale Gruppen, die als mobile Bedrohungen gesehen werden (Walters 2011: 305f., 319; vgl. Balibar 1992). Die zunehmende Deterritorialisierung und Internalisierung von Grenzen ist dabei auch eine Reaktion auf beschleunigte Mobilität und Migrationsbewegungen: Die Grenzen werden selbst mobil. Die zunehmende Problematisierung von Migration als Bedrohung öffentlicher Sicherheit und nationaler Identität führt nicht nur zu Forderungen und Initiativen, die auf eine Verschärfung der Kontrollen an Außengrenzen und über diese hinaus abzielen. Vielmehr werden Migrant_innen zunehmend im Inneren der Nationalstaaten ins Visier der Kontrollen genommen. Sie sind wesentlicher Teil einer „Wiederentdeckung der gefährlichen Klassen in der Innen- und Sozialpolitik“ (ebd.: 320), wobei es in den letzten Jahrzehnten zu Dynamiken von sozialer Panikmache und staatlichen Verschärfungen der Migrationspolitik gekommen ist. Vor allem die Entwicklungen der 2010er Jahre können als „Rückkehr des Nationalen“ diskutiert werden, die sich sowohl in Deutschland mit Pegida und der AfD als auch in den USA mit Donald Trump als anti-migrantische Bewegung artikuliert (Kasperek et al. 2017). Es ist allerdings wichtig anzumerken, dass Abschiebungen und Inhaftierungen in den USA bereits unter Präsident Obama immens ausgeweitet wurden und dass auch der Rassismus in Deutschland nicht plötzlich entstanden ist, sondern sich aktuell eher eine neue Artikulation und Mobilisierung beobachten lässt.

„Kämpfe der Migration“ (Bojadžijev 2012; Ataç et al. 2015) stehen in einem antagonistischen Verhältnis zu Migrationsregimen im globalen Norden und stoßen wiederholt deren Wandel an. In Europa und den USA zeichnet sich eine tendenzielle Verschiebung hin zu einer neoliberalen Politik des „Migrationsmanagements“ ab, die die Nützlichkeit spezifisch qualifizierter Migrationen hervorhebt und entsprechend selektive Zuwanderungsmöglichkeiten und beschränkte Aufenthaltsrechte vorsieht (vgl. Georgi 2007; Geiger/Pécoud 2010). Während die USA seit Längerem als klassisches Einwanderungsland gelten, wird zunehmend auch Deutschland als Migrationsgesellschaft bzw. ‚postmigrantische Gesellschaft‘ beschrieben (Foroutan 2016; Espahangizi et al. 2016; Pott et al. 2018). Die Prekarisierung des Aufenthaltsstatus sowie die Illegalisierung als am weitesten gehende Entrechtung bleiben jedoch zentrale Regierungstechnologien der Migrationspolitik. Durch „differentielle Inklusion“ in Aufnahmegesellschaften werden Migrant_innen nicht gänzlich ausgeschlossen, aber auf einen untergeordneten Platz verwiesen und zu entrechteten Subjekten gemacht (Mezzadra/Neilson 2014; 2013; vgl. De Genova 2002; Kofman 2008; Karakayali 2008). Auch

wenn somit Gelegenheitsstrukturen und Ansatzpunkte für (pro-)migrantische Bewegungen in den USA und Deutschland bestehen, sind beide Gesellschaften tief von einer anti-migrantischen Hegemonie geprägt (Gonzales 2014; Schwiertz/Ratfisch 2017): Die Möglichkeit der Entrechtung und Abschiebung von Nicht-Staatsbürger_innen ist in Zivilgesellschaft und Staat weitgehend Common Sense, auch wenn abgestuft Rechte zugesprochen werden. So erscheinen Figuren ‚guter‘ bzw. ‚nützlicher‘ Migration als Ausnahmen, durch die die Regel der Problematisierung von Migration bestätigt wird. Hiermit eng verknüpft sind Rassismen, die die gesamte Gesellschaft durchziehen, die sich in staatlichen Institutionen verdichten und von diesen vorangetrieben werden. Migrantische Jugendliche befinden sich somit in einer Lage, in der ihnen Aufnahmegesellschaften strukturell feindlich gegenüberstehen.

In herrschenden Diskursen werden Migrant_innen meist als Opfer und/oder als Kriminelle vorgestellt, nicht aber als politische Subjekte (vgl. Bojadžijev/Karakayali 2007: 206). Durch ihre Selbstbeschreibungen und Interventionen demonstrieren migrantische Selbstorganisationen in Europa und den USA dennoch oftmals das Gegenteil. Dieses Spannungsverhältnis verdeutlicht unter anderem die Initiative *Jugendliche ohne Grenzen* (JoG), die 2005 in Deutschland gegründet wurde und deren politische Praxis ich in der einen Fallstudie aufgreife. Der bundesweite „Zusammenschluss von jugendlichen Flüchtlingen“ folgt in seiner Arbeit „dem Grundsatz, dass Betroffene eine eigene Stimme haben und keine ‚stellvertretende Betroffenen-Politik‘ benötigen“ (JoG o. J. a). Mit der Forderung nach umfassender Gleichberechtigung bestehen die Aktivist_innen von JoG auf ihr Recht, Rechte zu beanspruchen und wehren sich gegen einen entmündigenden Opferstatus. Zum einen stellen sie die demokratische Form der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der institutionalisierten Ausgrenzung infrage, zum anderen kann der von ihnen geführte Kampf für Rechte mit einer anderen Vorstellung von Demokratie verbunden werden. Durch Konferenzen, Demonstrationen und Aktionen schaffen JoG eine Bühne, auf der sie das ihnen zugefügte Unrecht darstellen und sich zugleich als politische Subjekte mit Rechten konstituieren. In der anderen Fallstudie analysiere ich die politische Praxis der Bewegung undokumentierter Jugendlicher, die Anfang der 2000er Jahre in den USA entstanden ist. Hierbei fokussiere ich die *Immigrant Youth Coalition* (IYC, gegründet 2011) sowie die *California Immigrant Youth Justice Alliance* (CIYJA, gegründet 2013), die zu den bedeutendsten Selbstorganisationen von Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Kalifornien zählen und prägend für die Neuausrichtung der Bewegung in den 2010er Jahren gewesen sind. Sie engagieren sich vor allem gegen Kriminalisierung und für die Selbstverteidigung, Organisation und das Empowerment entrechteter Jugendlicher. Dies zeigt sich deutlich im Slogan ‚undocumented and unafraid‘, mit dem sich die Jugendlichen als undokumentiert ‚outen‘ und sich zugleich als politische Aktivist_innen konstituieren. Im Mittelpunkt beider Fallstudien stehen somit politische Selbstorganisationen von Migrant_innen, die sich explizit gegen ihre Entrechtung wehren.

Der Begriff Selbstorganisation bezeichnet in diesem Zusammenhang den eigenständigen Aufbau von politischen Initiativen durch eine soziale Gruppe, die aufgrund der von ihr erfahrenen Diskriminierung aktiv wird (vgl. Odugbesan/Schwiertz 2018: 186). Neben alltäglichen Formen der Selbstverteidigung und -organisation untersuche ich mit den Fallstudien in diesem Buch vor allem eine Form der politischen Selbstorganisation, die relativ institutionalisiert und strategisch auf öffentliche Wahrnehm-

barkeit ausgerichtet ist. Migrantische Selbstorganisation kann hierbei von pro-migrantischer Organisation unterschieden werden, wobei sich beide Formen empirisch überschneiden und verbinden (vgl. Schwenken 2006: 71f.). Pro-migrantische Organisation setzt sich für Migrant_innen ein, wobei die leitenden Akteure überwiegend keine Migrationsgeschichte, einen sicheren Aufenthaltsstatus oder die Staatsbürgerschaft haben. Hierzu können neben Non-Profit-Organisationen, Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften auch ehrenamtliche Initiativen und linke anti-rassistische Gruppen gezählt werden. In migrantischen Selbstorganisationen sind die maßgeblich handelnden Akteure dagegen direkt betroffen, da sie als Migrant_innen in Aufnahme-gesellschaften marginalisiert und entrechtet werden: „Critically, they identify issues that they themselves consider a priority and decide how to shape and articulate demands on their own.“ (Odugbesan/Schwartz 2018: 186) Da Migration jedoch im Zusammenhang gesellschaftlicher Machtverhältnisse entsteht, lassen sich migrantische und nicht-migrantische Positionen kaum einheitlich voneinander unterscheiden (vgl. Bojadžijev 2012; Mecheril et al. 2013). In Migrationsgesellschaften bzw. postmigrantischen Gesellschaften sind zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse auch dann von Migration geprägt, wenn sie nicht in erster Linie von Migrant_innen organisiert werden. In den USA findet der Begriff von Selbstorganisation zudem kaum Verwendung. Dessen Bedeutung ist dort bereits im Konzept des *Organizing* aufgehoben, das auf die kollektive Ermächtigung einer sozial marginalisierten Gruppe und dadurch immer schon auf eine Form der *Selbstorganisation* abzielt (vgl. Schutz/Sandy 2011: 11f.).¹

Im Folgenden gebe ich zunächst einen Überblick über die vorhandene Literatur zu migrantischen Kämpfen und Demokratie, bevor ich hiervon ausgehend meinen Ansatz einer Verknüpfung von Empirie und Theorie begründe, die zentrale Fragestellung dieser Arbeit herleite und das Forschungsdesign sowie die Gliederung vorstelle.

1 Das Konzept des *Community Organizing* wurde in den 1930er Jahren prominent von Saul Alinski in Chicago vertreten und baut auf verschiedenen Formen des politischen Aktivismus und der gewerkschaftlichen Organisation auf (vgl. McAlevey 2016: 28, 40ff.). Mit dem Begriff des *Grassroots Organizing* wird die Selbstorganisation ‚von unten‘ durch direkt Betroffene noch stärker betont. Wesentliche Elemente von „grassroots community organizing“ sind Melvin Delgado und Lee Staples (2008: 18) zufolge die Selbstbestimmung, der kollektive Zusammenschluss und die Anleitung durch Betroffene selbst. Der *Organizing*-Begriff hängt eng zusammen mit der Tradition sozialer Bewegungen in den USA, in der die eigenständige Initiative von marginalisierten Gruppen präzenter ist und daher nicht durch eine Bezeichnung als *Selbstorganisation* hervorgehoben werden muss. Durch diese spezifische Tradition ist der US-amerikanische Begriff des *Community Organizing* bestimmter (siehe Schutz/Sandy 2011: 31ff.) als der weniger ausgearbeitete deutsche Begriff der *Selbstorganisation*. Um diese Bedeutung in den deutschen Sprachraum zu übertragen und die Fallstudien aufeinander zu beziehen, verwende ich für alle untersuchten Gruppen den Begriff der *Selbstorganisation*, wobei die Bedeutung des US-amerikanischen *Organizing*-Ansatzes hier mitgedacht wird. Zudem zielt der Begriff *Selbstorganisation* darauf ab, anstatt eines verdinglichenden Begriffs der Organisation die Praxen des Organisierens zu betonen.

2. VERORTUNG IM FORSCHUNGSSTAND ZU MIGRATION UND DEMOKRATIE

Durch die Verbindung von empirischer Migrationsforschung und Gesellschaftstheorie ist dieses Buch in unterschiedlichen Feldern der Sozialwissenschaften verortet. In einem ersten Schritt gehe ich auf Studien zu migrantischer Selbstorganisation ein, im zweiten Schritt beziehe ich mich auf Debatten zu Migration und Demokratie, um von diesen ausgehend einen eigenen Ansatz zu entwickeln. Eine Situierung meiner Arbeit in Debatten der Demokratie- und Gesellschaftstheorie wird hingegen vor allem in den Kapiteln III und VIII vorgenommen.

Migrantische Selbstorganisation

Migration ist eine durchgängige historische Tatsache und auch gegenwärtig gesellschaftliche Realität (Bade 2000; Oltmer 2017; vgl. Mecheril et al. 2013). In der nationalstaatlichen Weltordnung – sowie in sozialwissenschaftlicher Forschung und Theorie – erscheint sie dennoch häufig als Bedrohung, meist als Problem oder aber als Lösung.² Die Perspektive derjenigen, die als Migrant_innen angesehen werden und hiermit verbundene Zuschreibungen kritisieren, wird nach wie vor vielfach ausgeblendet. Eben diese Perspektive nehme ich mit diesem Buch auf, indem ich von politischen Selbstorganisationen migrantischer Jugendlicher ausgehe. Die Literatur zu Selbstorganisationen von Migrant_innen in der deutschsprachigen Migrationsforschung weist zum einen weiterhin Lücken auf – wenn auch seit Anfang der 2010er Jahre eine Zunahme von Forschungsarbeiten zu verzeichnen ist – und ist zum anderen vom dominanten Integrationsimperativ und identitären Festschreibungen geprägt (vgl. Karakayali/Tsianos 2007: 8; Mecheril 2011). Die Selbstorganisation von Migrant_innen wurde in den letzten Jahrzehnten oft entweder als Zeichen gescheiterter Integration oder als Instrument der Integrationspolitik verstanden (vgl. Pries/Sezgin 2010: 10).³

-
- 2 In Bezug auf nationale Gemeinschaften wird meist gefragt, zu welchen Nachteilen Migration führt, etwa im dominanten Diskurs über vermeintliche Integrationsdefizite von Migrant_innen (vgl. Hess et al. 2009; Bojadžijev 2012) oder die ihnen zugeschriebene Kriminalität (vgl. Gonzales 2014; Menjivar/Kanstroom 2014). Während in den USA seit jeher ein ökonomischer Diskurs der Öffnung mit einem kulturalistischen Diskurs der Schließung im Konflikt steht (Portes/Rumbaut 2014), wird Migration nun auch in Deutschland als ‚Chance‘ erkannt, wobei der ökonomische, demografische oder entwicklungspolitische Nutzen für die nationale Gemeinschaft ausschlaggebend ist. Grundsätzlich wird Migration jedoch weiterhin als eine bedrohliche Abweichung von der Norm verstanden – durch *Parallelgesellschaften* im ‚Inneren‘ und *Migrationsdruck* von ‚Außen‘.
 - 3 Migration als das Nicht-Integrierte wird dabei einer integrierten, homogenen nationalen Gesellschaft gegenübergestellt (Bojadžijev 2012: 276). Helen Schwenken kritisiert die Integrationsperspektive, weil aus dieser migrantische Organisationen lediglich hinsichtlich ihres Integrationspotentials in den Blick gerieten, Migration grundsätzlich als Problem betrachtet würde und diese Perspektive einer herrschenden Politik *über* Migrant_innen und nicht einer *Politik der Migrant_innen selbst* entspreche (2006: 28f.; vgl. Hess et al. 2009).

Ausnahmen sind vor allem die Studien von Manuela Bojadžijev (2012), Barbara Laubenthal (2007) und Helen Schwenken (2006), die die politische Selbstorganisation von Migrant_innen in Europa aus einem anderen Blickwinkel untersuchen.

In ihrer historischen Analyse arbeitet Bojadžijev (2012) Kämpfe der Migration heraus, die sich in den wilden Streiks, Betriebskämpfen und Mietboykotts der 1960er und 70er Jahre manifestiert haben. Daran anschließend entwickelt sie eine „relationale Theorie des Rassismus“, in der nicht die rassistisch konstruierten Subjekte, sondern Kämpfe gegen Rassismus zum Ansatzpunkt der Analyse werden (ebd.: 14). Dabei bleibt das Spannungsverhältnis bestehen, dass Kämpfe der Migration sich gerade gegen die Verhältnisse richten, die diese Identität konstruieren: Solange Menschen *als Migrant_innen* subjektiviert werden, wird es *migrantische* Kämpfe geben. Dieses Verständnis einer Subjektivität, die in der Auseinandersetzung mit Herrschaftsverhältnissen entsteht (ebd.: 271), greife ich für eine Analyse gegenwärtiger Bewegungen auf. Laubenthal (2007) stellt die Frage nach Entstehungsvoraussetzungen von Kämpfen um Legalisierung in verschiedenen nationalen Kontexten (Frankreich, Spanien, Schweiz). Sie arbeitet anhand verschiedener Variablen Unterschiede zwischen Bewegungen für Legalisierung und ‚klassischen‘ Neuen Sozialen Bewegungen heraus (ebd.: 18f.) und kommt zu dem Ergebnis, dass „illegale Migranten [...] für ihre politische Artikulation die Unterstützung nationaler Akteure benötigten, die die Forderung nach Regularisierung stellvertretend für sie aufstellten“ (ebd.: 233). Fraglich ist jedoch, inwieweit die Diagnose, dass migrantische Kämpfe auf Stellvertreterpolitik angewiesen seien, mit ihrer Forschungsperspektive zusammenhängt. Anstatt einer Analyse mit Kausalmodellen nachzugehen, beziehe ich stärker die Perspektive der Migration ein. In ihrer Arbeit *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme* analysiert Schwenken die politischen Mobilisierungen, die Thematisierungsstrategien und die Legitimation von „MigrantInnen- und *promigrant*-Organisationen“ in der EU (2006: 14). In meiner Arbeit teile ich Schwenkens Perspektive, die Migrant_innen als politische Subjekte begreift und von einer relativen Autonomie bzw. Eigensinnigkeit der Migration ausgeht (ebd.: 32, 229). Für die Analyse greife ich allerdings weniger auf Konzepte der sozialen Bewegungsforschung zurück (ebd.: 320), sondern erarbeite Begriffe radikaler Demokratietheorie, um migrantische Kämpfe in einen weiteren gesellschaftstheoretischen Zusammenhang zu stellen.

Infolge einer neuen Welle der Flüchtlingsprotestbewegung in Deutschland ab dem Jahr 2012 sind zudem zahlreiche Aufsätze und Sammelbandbeiträge (Ataç et al. 2015, 2016; Johnson 2015) sowie kürzlich abgeschlossene Dissertationen erschienen (Wilke 2018; Niess 2018; Stierl 2018). Die meisten Arbeiten fokussieren die lokalen Flüchtlingsproteste in Berlin (Ulu 2013; Langa 2015; Fadaee 2015; Glöde/Böhlo 2015; Wilke/Lambert 2015; Schwiertz 2016a) und Hamburg (Benigni/Pierdicca 2014; Meret/Della Corte 2016; Borgstede 2017), während andere unterschiedliche Selbstorganisationen vergleichen (Monforte/Dufour 2013; Marciniak/Tyler 2014; Oliveri 2016; Odugbesan/Schwiertz 2018) und deren Zusammenhang als Bewegung (Klotz 2016) sowie transnationale Räume (Steinhilper 2018) untersuchen. Hervorzuheben ist das Buch von Christian Jakob (2016), der anhand von Berichten migrantischer Aktivist_innen die Geschichte der Flüchtlingsbewegung der letzten 20 Jahre erzählt. Zur Selbstorganisation geflüchteter Jugendlicher gibt es nur wenige Publikationen, wie die Analyse von JoG-Mitbegründer Ibrahim Kanalan (2015) sowie vereinzelte Interviews, beispielhafte Erwähnungen und Fachzeitschriftenbeiträge (Jouni/Ziese 2016; McNevin 2013; Mies-van Engelshoven 2011). Einen besonderen Einblick in die Erfahrungen

junger Geflüchteter bietet das Buch *Zwischen Barrieren, Träumen und Selbstorganisation* vom Autor_innenkollektiv „Jugendliche ohne Grenzen“ (2018). Des Weiteren liegen Studien zu migrantischen Selbstorganisationen vor, die weniger auf einen unsicheren Aufenthaltsstatus bezogen sind (Josten 2013; Kahveci 2017).

Die Forschung zu migrantischer Organisation ist in den USA – wo der Begriff des (*grassroots*) *organizing* bereits den Aspekt der Selbstorganisation beinhaltet – hingegen wesentlich umfangreicher (zur weiteren *Immigrant-Rights*-Bewegung siehe Voss/Bloemraad 2011; Gonzales 2014; Nicholls/Uitermark 2016; Nicholls et al. 2016); auch zur Bewegung undokumentierter Jugendlicher wurden, vor allem ab 2010, zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Die Literatur beschäftigt sich jedoch überwiegend mit studentischem Aktivismus und betont den Zusammenhang mit dem sogenannten Dreamer-Narrativ, das in einer frühen Phase der Bewegung entwickelt wurde (Abrego 2008; Seif 2011; Corruncker 2012; Wong et al. 2012; de la Torre/Germano 2014; Eisema et al. 2014; Negrón-Gonzales 2014, 2015; Truax 2015). In *Undocumented, Unapologetic, and Unafraid* untersucht Claudia Anguiano (2011) die Bewegung undokumentierter Jugendlicher in den USA von 2001 bis 2010. Unter Rückgriff auf *Critical Race Theory* analysiert sie die diskursiven Strategien, mithilfe derer die Jugendlichen ihre Positionen und Forderungen publik gemacht haben. Sie entwickelt eine aktivistische Methodologie und knüpft an ihre eigene Erfahrung als undokumentierte Migrantin und ihre Beteiligung in der Bewegung an (ebd.: 57f., 205ff.). Eine häufig zitierte Arbeit ist zudem *The DREAMers* von Walter J. Nicholls (2013). Aus Perspektive der Bewegungsforschung untersucht er die Produktion von Narrativen innerhalb der Bewegung sowie deren öffentliche Artikulation. Die Arbeit basiert neben einer Dokumentenanalyse auf Interviews sowie teilnehmender Beobachtung, die vor allem von seinen Doktorand_innen Dirk Eisema und Tara Fiorito mit der Gruppe *Dream Team Los Angeles* durchgeführt wurde (vgl. Eisema et al. 2014; Nicholls/Fiorito 2015).

Während die Studien von Anguiano (2011) und Nicholls (2013) einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, die Entstehung und Entwicklung der Bewegung undokumentierter Jugendlicher zu verstehen, können sie aufgrund ihres Erscheinungsdatums grundlegende Transformationen in den 2010er Jahren nicht erfassen. In dieser Zeit wendeten sich insbesondere die Selbstorganisationen in Kalifornien vom Dreamer-Narrativ ab und richteten ihre politische Perspektive neu aus (Schwiertz 2015b, 2016b). Im Anschluss an die Studien zu früheren Phasen der Bewegung und über deren Fokus auf undokumentierte Jugendliche als *Dreamers* hinausgehend, untersuche ich daher diese neueren Formen der politischen Selbstorganisation. Hierbei kann vor allem an Analysen von undokumentierten Forschenden angeschlossen werden (Perez 2014; Unzueta Carrasco/Seif 2014).

Migration und Demokratie

Die bisherigen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zum Themenkomplex Migration und Demokratie (vgl. Rother 2016) tendieren dazu, die gegenwärtigen Formen der liberalen, repräsentativen Demokratie in ihrer nationalstaatlichen Ordnung als Norm zu setzen und Migration als Abweichung zu objektivieren.⁴ Hierbei wird meist

4 Siehe die Arbeit von Oliviero Angeli, der Migration als Problem für Demokratie beschreibt, wobei er für ein „Recht auf Ausschluss“ argumentiert (2018: 19; vgl. Miller 2017).

der Einfluss von Migration auf nationalstaatliche Demokratien in den jeweiligen ‚Herkunfts-‘ oder ‚Zielstaaten‘ untersucht und bewertet. Die Partizipation von Migrant_innen wird an national strukturierten Politikprozessen und Normen gemessen und beurteilt (vgl. Martiniello 2006; Hunger 2010). Migrant_innen partizipieren aus dieser Perspektive entweder in den national bereits etablierten Institutionen oder sie bilden eigene Kollektive, die aber nur als ethnische, nationale, kulturelle oder religiöse, nicht aber als *politisch* konstituierte Gruppen verstanden werden (ebd.: 105). Mit Bojadžijev (2012: 271), Mecheril et al. (2013) und anderen Autor_innen einer reflexiven und kritischen Migrationsforschung kann eine solche Perspektive kritisiert werden, insofern bloß die von der herrschenden nationalen Zugehörigkeitsordnung produzierten Subjekte beschrieben werden, nicht hingegen jene, die in Auseinandersetzung mit dieser Ordnung entstehen. Letztere werden von den meisten Ansätzen der Forschung zu Migration und Demokratie nicht thematisiert; die demokratischen Aspekte der migrantischen Kämpfe selbst werden kaum wahrgenommen.

Eine andere Sicht auf Migration und Demokratie wird mit radikaldemokratiethoretischen Ansätzen möglich. Demokratie wird aus dieser Perspektive nicht als eine bestimmte Staatsform begriffen, sondern als ein konflikthafter Prozess, in dem „Demokratisierung als unendliche Aufgabe“ (Heil/Hetzel 2006: 9) verstanden werden muss. Radikale Demokratietheorie kann in der Tradition des Post-Marxismus sowie als eine Strömung differenztheoretischer, poststrukturalistischer Sozialwissenschaften verstanden werden (Stäheli 2000a: 68). Der vielleicht wichtigste Text des radikaldemokratischen Ansatzes ist *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau/Mouffe 2006). Hierin entwickeln Ernesto Laclau und Chantal Mouffe eine Diskurs- und Hegemonietheorie, die von der Pluralität sozialer Konfliktlinien ausgeht. Sie beschreiben die Konstruktion eines demokratischen Diskurses (ebd.: 195), der in gegenwärtigen Verhältnissen wirksam bleibt: Durch einen Bezug auf dieses Imaginäre der Gleichheit kann eine faktische Ungleichheit sichtbar gemacht und überwunden werden. Jacques Rancière (2002; 2012a) Konzeption der Demokratie bezieht sich ebenfalls auf diesen Grundsatz der Gleichheit. Im Gegensatz zu Laclau und Mouffe entwickelt Rancière allerdings keine vergleichbar komplexe Sozialtheorie. Mit ihm lässt sich dafür genauer verstehen, wie sich radikaldemokratische Kämpfe in und gegen Herrschaftsverhältnisse herausbilden. Er beschreibt keine Politik von Identitäten, sondern gerade deren Überwindung durch eine Subjektivierung in der demokratischen Praxis und die „Einrichtung eines Anteils der Anteillosen“ (Rancière 2002: 24). Insbesondere durch diesen Fokus eignet sich Rancière Theorie für eine Analyse migrantischer Kämpfe (vgl. May 2010). Diese wird schließlich erweitert durch radikaldemokratische Konzepte von Étienne Balibar (2005; 2012). Mit Balibar (2008: 526) kann über Rancière hinausgehend untersucht werden, inwiefern demokratische Interventionen in Institutionen eingeschrieben werden können (vgl. Celikates 2010a: 60; Balibar 2005: 139f.). Balibar entwickelt zudem einen Begriff aufständischer Bürgerschaft, wobei er sich auf migrantische Kämpfe bezieht, die ihm zufolge demonstrieren, dass Bürgerschaft nicht einfach ‚von oben‘ gewährt wird, sondern ‚von unten‘ erkämpft werden muss (2005: 73).

Akte der Bürgerschaft stehen auch im Zentrum der *Citizenship Studies* (Isin 2008; 2009; Mezzadra 2009; Nyers 2010; Rygiel 2011; Nyers/Rygiel 2012; Köster-Eiserfunke et al. 2014; Ataç et al. 2016; Schwiertz 2016b). So betont Engin Isin im Anschluss an Balibar und Rancière die Bedeutung von Akten der Selbstermächtigung, in denen sich Subjekte ungeachtet ihres Status als Bürger_innen konstituieren (Isin 2008:

18). Eine dezidiert theoretische Auseinandersetzung mit radikaldemokratischen Ansätzen bleibt jedoch aus, weshalb ich beabsichtige, diese über die *Citizenship Studies* hinaus für die Analyse migrantischer Kämpfe produktiv zu machen.

Des Weiteren befasse ich mich mit theoretischen Perspektiven, die – ausgehend von Gilles Deleuze und Félix Guattari (1988; 2005) sowie Michael Hardt und Antonio Negri (2003; 2013) – Konzepte von Rechten, Repräsentation und Bürgerschaft grundsätzlich infrage stellen (vgl. Papadopoulos et al. 2008; Papadopoulos/Tsianos 2013; Lorey 2012; 2016), wobei ich versuche, an diese Kritik anzuschließen. Die Entwicklung meiner Theorie radikaler Demokratie als Praxis basiert hingegen wesentlich auf den Schriften von Laclau/Mouffe, Rancière und Balibar, wobei ich auf deren Rezeption in der Sekundärliteratur eingehe (u. a. Stäheli 2006; Heil/Hetzel 2006; Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010; Marchart 2010a; Flügel-Martinsen 2017; Comtesse et al. 2019).

Ausgehend von diesem Ansatz radikaldemokratischer Theorie entwickle ich einen spezifischen Analysefokus. Die politische Selbstorganisation von Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus kann allerdings aus einer Vielzahl an Perspektiven betrachtet werden, die ich nur teilweise berücksichtigen kann. Entsprechend der jeweiligen Herangehensweise werden unterschiedliche Aspekte beleuchtet: Historische Analysen könnten die mit den Gruppen verbundenen Traditionen migrantischer Kämpfe untersuchen, Biografieforschung individuelles Engagement und persönliche Motivation, Organisationssoziologie die spezifischen Gruppenformen und -prozesse, Gender- und Rassismusforschung die Auswirkung intersektionaler Machtverhältnisse und die Jugendsoziologie die besondere Bedeutung von Adoleszenz als Lebensphase und soziale Position. Zudem greife ich nur vereinzelt auf Konzepte der sozialen Bewegungsforschung zurück, mit denen etwa die Chronologie von Protestereignissen, Ressourcen oder politische Gelegenheitsstrukturen untersucht werden könnten (vgl. Snow et al. 2004; della Porta/Diani 2006).⁵ Stattdessen entwerfe ich eine alternative Analyseperspektive, durch die Aspekte der politischen Subjektivierung, der Produktion von Öffentlichkeit sowie der Artikulation von (Un-)Recht in den Blick geraten.

In Bezug auf den Forschungsstand gehe ich somit erstens von einem Bedarf an empirisch fundierten Studien aus, die politische Selbstorganisationen von migrantischen Jugendlichen hinsichtlich deren Perspektiven analysieren, und zweitens von einem Bedarf an theoretischen Rekonzeptualisierungen des Verhältnisses von Migration und Demokratie.

5 Ansätze der sozialen Bewegungsforschung zielen üblicherweise auf präzise und meist einschränkende Kategorisierungen (vgl. Leidinger 2015: 64). Sie setzen in ihrem Politikbegriff oftmals einen Bezug zum Staat voraus, etwa im Konzept von „politischer Intervention“ (Raschke 1985: 274) oder „contentious politics“ (Tilly/Tarrow 2015: 7). Um begriffliche Engführungen zu vermeiden und dem theoretischen Erkenntnisinteresse zu folgen, nutze ich nur vereinzelt Konzepte der Sozialen Bewegungsforschung, sofern diese einen analytischen Mehrwert bieten und in die radikaldemokratietheoretische Perspektive integriert werden können. Dabei kann an zahlreiche Studien zu selbstorganisierten und solidarischen Protesten angeschlossen werden (Schwenken 2006; McGregor 2011; Freedman 2011; Rosenberger/Winkler 2014; Rosenberger et al. 2017, 2018; della Porta 2018).

3. ERKENNTNISINTERESSE UND FRAGESTELLUNG

Ziel dieses Buches ist eine Analyse migrantischer Kämpfe aus radikaldemokratiethoretischer Perspektive anhand eines Vergleichs qualitativer Fallstudien zu Selbstorganisationen migrantischer Jugendlicher in Deutschland und den USA. Dabei werden, wie beschrieben, kritische Ansätze der Migrationsforschung mit gegenwärtigen Demokratietheorien verbunden. Migrantische Kämpfe, wie von JoG und der IYC & CIYJA, als eine demokratische Praxis zu begreifen, führt auch zu einer Kritik an der nationalstaatlichen Institutionalisierung von Demokratie. Da demokratische Rechte im Rahmen dieser nicht nur an einen *Demos*, sondern an einen *Ethnos* gebunden werden (Ehs 2009: 156f.), führt Migration andauernd zur Entrechtung. Selbst nach jahrelangem Aufenthalt werden viele Personen häufig nicht als Staatsbürger_innen anerkannt (Mezzadra 2009). Diese Formen ausgrenzender Inklusion in den Nationalstaat sind sowohl ein Problem für die Migrant_innen als auch für das demokratische Prinzip kollektiver Selbstregierung. Lässt sich aber eine Demokratie denken, die mit Migrationsbewegungen vereinbar ist? Demokratie und Bürgerschaft – dies sind Konzepte, die meist in einem Gegensatz zu Migration gedacht werden. Mein Anliegen ist es dagegen aufzeigen, inwiefern gerade Kämpfe der Migration Demokratie und Bürgerschaft in ihrem Kern aktualisieren.

In meiner Untersuchung entwickle ich eine radikaldemokratiethoretische Perspektive, die von der dominanten Sichtweise auf Migration abweicht und die dadurch den Selbstorganisationen migrantischer Jugendlicher und ihren Kämpfen gerecht werden kann. Radikale Demokratietheorien bieten hierzu geeignete Ansätze, da sie das Potenzial haben, Bewegungsfreiheit mit Demokratie zu verknüpfen. Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit umfasst dabei eine primär analytische Dimension und eine Dimension minimaler Normativität:⁶

Zum Ersten versuche ich, durch den Bezug auf radikaldemokratiethoretische Ansätze einen Analyserahmen zu entwickeln, der den politischen Selbstorganisationen in beiden Fällen angemessen ist. Dies ermöglicht eine Herangehensweise, in der diejenigen, die für Gleichheit und Freiheit kämpfen, als politische Subjekte verstanden und ernst genommen werden. Die radikaldemokratiethoretische Perspektive stimmt in dieser Hinsicht mit Methodologien machtsensibler, dialogischer sowie aktivistischer Forschung überein, insofern sie situiert, offen für das Feld und herrschaftskritisch ist, wobei Migrant_innen als aktive Teilnehmer_innen des Forschungsprozesses verstanden werden (vgl. Hale 2008; Garelli/Tazzioli 2013; Carstensen et al. 2014; Schwenken 2019). Diesbezüglich untersuche ich ebenfalls, wie mit der Unterscheidung Migrant_innen/Nicht-Migrant_innen sowie mit Unterscheidungen innerhalb der Gruppe der ‚Migrant_innen‘ (Alter, Aufenthaltsstatus, Ethnizität, Geschlecht, Klasse, Religion

6 Die Normativität in den Ansätzen radikaler Demokratie ist nicht philosophisch bzw. „normativistisch“ (Jaeggi 2009) begründet, sondern wird als in der demokratischen Praxis selbst wahrnehmbar begriffen: „There is no normative obligation to create a democratic politics, but the existence of a democratic politics introduces norms into a situation where they did not previously exist“ (May 2008: 120, 104ff.; vgl. Rancière 1997: 118). Minimale Normativität wird hier mit Oliver Flügel-Martinsen verstanden als der „Aufweis des Zukünftig-anders-sein-Könnens“ (2010: 153), wengleich das Demokratische ebenfalls auf Prinzipien verweist, die über eine Sichtbarmachung von Kontingenz hinausgehen.

etc.) umgegangen wird. Durch die Analyse konkreter Bewegungen kann schließlich auf einer allgemeineren Ebene reflektiert werden, wie Kämpfe gegen Entrechtung in Migrationsregimen möglich werden, welche Formen sie annehmen, welche Effekte sie haben und welche Restriktionen und Potenziale sich aus den spezifischen Kräfteverhältnissen in Deutschland und den USA ergeben.

Zum Zweiten können migrantische Kämpfe durch die radikale Demokratietheorie im demokratischen Diskurs beschrieben werden. Eine solche Beschreibung zielt darauf ab, die oftmals ausschließende Festschreibung von Migrant_innen auf eben diese Identität zumindest ansatzweise aufzuheben. Politische Praxen, die vielfach nicht wahrgenommen oder als randständig beschrieben werden, können so im Kontext von Demokratie auf eine andere Weise sichtbar gemacht werden, wobei Migrationssoziologie zugleich als Teil der allgemeinen Soziologie gedacht wird (vgl. Mecheril et al. 2013: 14). Ich untersuche dabei, inwiefern die Kämpfe der migrantischen Jugendlichen als demokratische Praxis verstanden werden können und wie Entrechtung ausgehend von einer solchen demokratischen Praxis infrage gestellt und überwunden werden kann. Außerdem zielt die Analyse migrantischer Kämpfe darauf ab, bestehende Demokratietheorien aus einer Perspektive der Migration zu reflektieren und zu überarbeiten. Dadurch kann Demokratie auf eine Art und Weise begriffen werden, die über das Postulat nationaler Demokratieregime hinausgeht.

Das Erkenntnisinteresse besteht somit darin, Empirie und Theorie in einen Dialog zu bringen und Analysen migrantischer Kämpfe sowie Ansätze radikaler Demokratie wechselseitig aufeinander zu beziehen. Die zentrale Fragestellung meiner Untersuchung hat dementsprechend eine doppelte Ausrichtung und lautet: *Wie können die politischen Selbstorganisationen von Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland und den USA aus einer radikaldemokratischen Perspektive verstanden werden und was ergibt sich daraus für die etablierten Vorstellungen und Ordnungen von Demokratie?*

Durch den theoretischen Bezug eröffne ich zum einen eine fokussierte und zugleich empirisch sensible Forschungsperspektive für die Beschreibung der politischen Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher. Die Analyse migrantischer Kämpfe ist zum anderen Ausgangspunkt für eine empirisch fundierte Entwicklung und Überarbeitung radikaler Demokratietheorie. Diese kann dann gewissermaßen als eine Spielart der „grounded theory“ verstanden werden, die im Gegensatz zu der mit diesem Begriff ursprünglich verbundenen Methodologie (Glaser/Strauss 1967) sowohl in der Feldforschung als auch in der Theoriearbeit gründet (vgl. Burawoy 1991, 1998; Kalthoff 2008). Der so erzeugte Ansatz (post-)migrantischer Demokratietheorie kann nicht nur zu Debatten über politische Theorie, sondern auch zur Migrationsforschung beitragen, die Michael Bommes zufolge wenig eigene theoretische Bezugspunkte entwickelt hat, worin er einen Grund für die vorherrschende Übernahme staatlicher Problemlösungsperspektiven sieht (2011: 38). Der dezidierte gesellschaftstheoretische Bezug ermöglicht hingegen eine Distanz zur hegemonialen Migrationspolitik und ihren Kategorien. Indem dieses Buch politische Positionierungen migrantischer Jugendlicher analysiert, die die ihnen zugewiesenen Positionen und Identitäten kritisch reflektieren, trägt es zu einer „Entmigrantisierung der Migrationsforschung“ sowie zu einer „Migrantisierung der Gesellschaftstheorie“ bei, wobei Demokratie ausgehend von migrantischen Kämpfen re-artikuliert wird (Lehnert/Lemberger 2014: 50; Bojadžijev/Römhild 2014: 11).

4. FALLAUSWAHL, METHODEN UND VORGEHENSWEISE

Die Fragestellung bearbeite ich anhand von zwei qualitativen Fallstudien (vgl. Yin 2003: 46ff.; Snow/Trom 2002). Diese zeigen auf, welche Formen migrantische Kämpfe in verschiedenen nationalen Migrationsregimen und Protestkulturen annehmen. Hierbei gehe ich von der Annahme aus, dass die spezifischen Kontexte unterschiedliche Wirkungen entfalten. Mit Deutschland und den USA wurden daher Länder gewählt, die sich hinsichtlich der Verständnisse von Migration, Nation, Bürgerschaft und Demokratie sowie politischer Organisation und sozialen Bewegungen stark unterscheiden (vgl. Gerhards 2000), wobei sich allerdings die Migrationspolitiken angeglichen haben (Stobbe 2004: 189; Hollifield et al. 2014).⁷ In den USA nehme ich aufgrund der Größe des Landes den Staat Kalifornien genauer in den Blick, der ein Zentrum von Migrationen und damit verbundenen Auseinandersetzungen bildet (Suro 2015). Die Charakteristika der zu untersuchenden migrantischen Kämpfe sollten dagegen möglichst ähnlich sein. Zentrale Kriterien der Fallauswahl waren, dass die politischen Initiativen hauptsächlich von Migrant_innen selbst organisiert sind, dass sie politisch relevant und kontinuierlich arbeiten und über ein breites Repertoire sichtbarer Interventionsformen verfügen. Dabei konzentriere ich die Analyse auf die politische Praxis von Jugendlichen, da diese eine besondere Bedeutung für migrantische Kämpfe hat, lange Zeit aber unzureichend erforscht worden ist (Corrunker 2012: 154). Die Jugendlichen aus beiden Ländern verbindet dabei nicht nur ein ähnliches Alter, sondern die häufig mit Adoleszenz einhergehende Bereitschaft, Risiken einzugehen und aufzubegehren, wobei die Kämpfe der migrantischen Jugendlichen auch als „Ausdruck von blockierten Statuspassagen, der Sorge um die eigene Zukunft und um den Platz in der Gesellschaft“ verstanden werden können (Kurtenbach 2012: 48). Mit den politischen Selbstorganisationen in Deutschland (JoG) und den USA (vor allem IYC & CIYJA) wurden zwei Fälle ausgewählt, die weitgehend diesen Kriterien entsprechen. Der Vergleich ermöglicht eine Kontrastierung der Fälle sowie eine gewisse Generalisierung.

Das politische Engagement von JoG und der IYC & CIYJA – ihre internen Prozesse der Selbstorganisation sowie ihre externen Interventionen in die weitere Gesellschaft – analysiere ich mit einem eigenständigen Theorieansatz. Hierzu kombiniere ich die knapp eingeführten Konzepte von Rancière, Balibar, Laclau und Mouffe, um aus Überschneidungen, Erweiterungen und Widersprüchen ihrer Ansätze eine komplexe radikaldemokratische Perspektive zu entwerfen. Im Anschluss an die Methode der Artikulation von Jason Glynos und David Howarth (2007: 177ff.) verbinde ich die unterschiedlichen Konzepte, in Bezug auf ein Set gemeinsamer Prämissen und hinsichtlich der zu untersuchenden Fälle, zu einem möglichst kohärenten Analyserahmen. Für die Demokratietheorie ist die politische Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher besonders relevant, weil die Jugendlichen durch ihren Ausschluss von formaler Bürgerschaft alternative demokratische Praxen entwickeln, die ihnen zugeschriebenen

7 Während die USA als klassisches Einwanderungsland gelten und Migration Bestandteil des nationalen Gründungsmythos ist, hat sich die Bundesrepublik Deutschland entgegen der Migrationsrealität bis Ende der 1990er Jahre als Nicht-Einwanderungsland beschrieben (Heck 2008: 235; vgl. Joppke 1999: 8ff.). Dennoch stelle ich in Kapitel IV.1 den Mythos der ‚nation of immigrants‘ infrage und argumentiere, dass sowohl Deutschland als auch die USA von einer anti-migrantischen Hegemonie geprägt sind.

Rollen und damit verbundene Grenzziehungen infrage stellen und sich in einer Position drastischer Ungleichheit für ihre Gleichheit einsetzen.

Ich habe zudem die spezifischen Fälle von JoG und IYC & CIYJA ausgewählt, da beide Gruppen nicht nur den Status quo infrage stellen, sondern spezifisch sichtbare Politiken im Kampf um Rechte entwickeln – und somit wesentliche Aspekte radikal-demokratischer Theorie aufzeigen. In Verbindung mit der Theorie radikaler Demokratie als Praxis analysiere ich die migrantischen Selbstorganisationen insbesondere mit den methodischen Forschungsstrategien teilstrukturierter qualitativer Interviews (Hopf 1995, Helfferich 2009), teilnehmender Beobachtung (Flick et al. 1995; Crang/Cook 2007) und Dokumentenanalyse (Prior 2009; Coffey 2014). In der Auswertung habe ich mich an Verfahren der Grounded-Theory Methodologie (Glaser/Strauss 1967; Mey/Mruck 2011; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014) orientiert, wobei ich eine möglichst aufgeschlossene Haltung gegenüber den Daten mit einer theoretisch fokussierten Perspektive verknüpft habe. Die interviewten migrantischen Jugendlichen sind dabei zentrale Protagonist_innen, die vor allem über die in den Kapiteln V-VII zitierten Interviews zur Sprache kommen. Da die 32 Interviews, die die wichtigste Datengrundlage der Forschung bilden, vor allem mit migrantischen Jugendlichen geführt wurden, die tragende Rollen in den Selbstorganisationen einnehmen, ist folglich zu beachten, dass nicht alle innerhalb der Gruppen im selben Maße aktiv sind und dass außerdem nur die wenigsten migrantischen Jugendlichen – analog zur Gesamtbevölkerung – überhaupt in vergleichbaren politischen Organisationen involviert sind. Die Fallstudien arbeiten das Besondere der Selbstorganisationen von JoG und der IYC & CIYJA heraus, verweisen aber darüber hinaus auf das allgemeine Potenzial demokratischer Praxen.

5. AUFBAU DES BUCHES

In den Kapiteln dieses Buches entwickle ich eine Perspektive radikaler Demokratietheorie und nutze diese zur Analyse migrantischer Selbstorganisation, von der ausgehend ich wiederum die Theorie neu fasse. Im folgenden Kapitel II reflektiere ich deshalb das Spannungsverhältnis der grundsätzlich offenen Herangehensweise qualitativer Sozialforschung zu der fokussierten Perspektive radikaler Demokratietheorie. Dabei entwickle ich einen Ansatz, um Gesellschaftstheorie und empirische Forschung zu artikulieren. Außerdem erläutere ich die Methoden der Datenerhebung und -auswertung und meine Situierung im Feld. In Kapitel III erarbeite ich eine Theorie radikaler Demokratie als Praxis, die zum einen als analytisches Prisma im empirischen Hauptteil dient und durch die zum anderen eine Reflexion und Konzipierung (post-)migrantischer Demokratie vorbereitet wird. In einem ersten Schritt arbeite ich hierzu sozialtheoretische Differenzen und Überschneidungen der Ansätze von Rancière, Balibar, Laclau und Mouffe heraus, um eine Basis zu schaffen, von der ausgehend ich eine übergreifende radikale Demokratietheorie konzipiere. In einem zweiten Schritt führe ich eine Unterscheidung von etablierten Demokratieregimen und einem Prinzip des Demokratischen ein, die ich als demokratische Differenz bezeichne. Im Anschluss an diese Differenz entwickle ich einen Begriff von radikaler Demokratie als Praxis. Auch wenn diese an-archische Praxis gegenüber herrschenden Ordnungen entgründend und subversiv wirkt, ist sie doch selbst auf einen Grundsatz angewiesen, der mit den Prin-

zipien von Gleichheit und Freiheit artikuliert werden kann. Eine formelle Operationalisierung der Theorie wird jedoch nicht vorgenommen, da das Ziel eine Diskussion von Demokratietheorie und den entsprechenden Fällen ist. In Kapitel IV beschreibe ich daraufhin den politischen Kontext, *in dem* und *gegen den* sich die Kämpfe migrantischer Jugendlicher organisieren, und der sowohl in Deutschland als auch in den USA weitgehend von einer anti-migrantischen Hegemonie geprägt ist.

In den drei darauffolgenden Kapiteln präsentiere ich den empirischen Hauptteil meiner Forschungsarbeit. Die Kapitel sind fallübergreifend gegliedert, da die beiden Fallstudien weder vergleichend gegenübergestellt, noch unabhängig voneinander für sich stehen sollen. Sie stellen daher eine eng verwobene Analyse verschiedener Facetten der politischen Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher im globalen Norden dar. Kapitel V eröffnet einen doppelten Einstieg, in dem ich JoG und die IYC & CIYJA in ihren Entstehungsgeschichten sowie hinsichtlich ihrer Strukturen und ihres Selbstverständnisses beschreibe und in dem ich dann mit der Gegenkonferenz in Deutschland und dem Coming-out in den USA jeweils eine charakteristische Form der politischen Selbstorganisation vorstelle. Die in der Datenauswertung herausgearbeiteten Kernkategorien interner Selbstorganisation und externer Intervention analysiere ich daraufhin weiterführend in zwei getrennten Kapiteln. In Kapitel VI stehen jene internen Prozesse der Selbstorganisation im Vordergrund, in denen eine Positionierung als migrantische Jugendliche herausgebildet, abgegrenzt und ein spezifischer Raum von Betroffenen produziert wird, in dem sich Austausch, Freundschaft, Selbsthilfe und Empowerment verbinden. In Kapitel VII fokussiere ich die sichtbaren Politiken gesellschaftlicher Interventionen migrantischer Jugendlicher, welche ich als Eingriffe in die gesellschaftliche Ordnung begreife, die darauf abzielen, das Unrecht dieser Ordnung aufzuzeigen und zu verändern. Der radikaldemokratietheoretischen Perspektive entsprechend untersuche ich insbesondere Aspekte politischer Subjektivität, der Repräsentation sowie der politischen Ausrichtung und Praxis zwischen Reform- und Radikalpolitik. Zum Ende des Kapitels beschreibe ich die konkreten Interventionsformen der Kampagnenarbeit und des zivilen Ungehorsams, bevor ich abschließend aufzeige, wie die Jugendlichen selbst Konzepte von Demokratie einschätzen.

Nachdem ich den Ansatz radikaler Demokratie im empirischen Hauptteil als theoretischen Rahmen genutzt habe, wird dieses Verhältnis in Kapitel VIII gewendet. Dabei entwerfe ich eine Theorie (post-)migrantischer Demokratie, die von der Analyse migrantischer Kämpfe ausgeht. In der Schlussbetrachtung des Kapitels IX fasse ich wesentliche Ergebnisse zusammen, reflektiere die Herangehensweise dieser Arbeit, gebe einen Ausblick und skizziere mögliche Anknüpfungspunkte.

In allen Schritten des Forschungsprozesses wurden Theorie und Empirie daher aufeinander bezogen. Dies vollzieht sich einerseits als empirische Analyse durch Theorie, wie Kalthoff beschreibt: „Theorien für die eigene Forschung in dem Sinne zu aktivieren, das durch sie hindurch das empirische Material ‚zum Sprechen‘ gebracht und auf diesem Wege Theorie entfaltet werden kann.“ (2008: 20) Die Artikulation von Theorie und Empirie vollzieht sich andererseits als Theoriearbeit durch empirische Analysen, was auch in Bezug auf den Ansatz der *Extended Case Method* von Michael Burawoy begriffen werden kann, insofern dieser auf eine „*reconstruction of existing theory*“ abzielt (1991: 6; 1998). Nachdem die Theorie radikaler Demokratie in den Kapiteln V-VII als analytisches Prisma genutzt wurde, wird sie in Kapitel VIII durch das empirische Material erneut zur Sprache gebracht.

Während kritische Gesellschaftstheorie einerseits vermehrt für empirische Forschungsarbeiten zu den Verhältnissen und Auseinandersetzungen unserer Gegenwart genutzt werden sollten, sollte andererseits die oftmals anti-theoretische Haltung der qualitativen Sozialforschung überdacht werden, um eine produktive Verbindung von Theoriearbeit und Forschungspraxis zu ermöglichen. Gerade die radikale Demokratietheorie, die ich im folgenden Kapitel herausarbeite, eignet sich meines Erachtens trotz ihres normativen Gehalts auch für eine relativ offene Forschungsperspektive. Da sie nicht von einem festen Modell der Demokratie ausgeht, sondern die Perspektive auf Praxen und Institutionalisierungen eröffnet, die nicht von etablierten Demokratieregimen vorgesehen sind und diverse Materialisierungen und Manifestationen des Demokratischen umfassen, ist sie offen für die spezifischen Kämpfe migrantischer Jugendlicher.